

Deutscher Hanfverband

Nur per E-Mail. Juergen.neumeyer@hanfverband.de

FDP Landesverband Bremen

Dr. Magnus Buhler, MdBB
- stellv. Vorsitzender -

Violenstraße 47
28195 Bremen

Telefon: +49 172 174 34 65

E-Mail: buhler@fdp-bremen.de

Internet: www.fdp-bremen.de

Wahlprüfsteine Hanfverband

Bremen, 24.04.2019

Sehr geehrte Damen und Herren!

Herzlichen Dank für Ihre Fragen. Wir haben am 06.03.2019 unser Wahlprogramm beschlossen. Sie finden es unter www.fdp-bremen.de. Zugleich beantwortet das Wahlprogramm der FDP nicht alle Ihre Fragen. Die Antworten entsprechen dem, was wir vorhaben und was wir in der Vergangenheit vertreten haben und in Zukunft vertreten wollen.

Gern beantworte ich Ihre Fragen als stellv. Vorsitzender der FDP Bremen, aber auch als gesundheits- und sozialpolitischer Sprecher der FDP-Bürgerschaftsfraktion.

- 1. Die deutsche Drogenpolitik basiert auf vier Säulen: Prävention, Beratung und Behandlung, Überlebenshilfe und Schadensminimierung, Repression und Angebotsminimierung. In Deutschland werden weit mehr Ressourcen für Repression als für Prävention ausgegeben. Wie bewerten Sie die Schwerpunktsetzung in der Drogenpolitik? Halten Sie Repression und die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten für eine sinnvolle Säule der Drogenpolitik?*

Wir Freie Demokraten halten im Falle von Cannabis Repression und Kriminalisierung für falsch. Zugleich muss es auch bei solcher Art Drogen Prävention, Beratung und Behandlung geben, denn unser Ziel ist, dass Menschen eigenständig und selbstbestimmt leben können. Das gelingt mit einer Suchtkrankheit nicht. Zugleich halten wir es für falsch, wenn Menschen, die nur sich selbst schädigen dafür kriminalisiert und bestraft werden.

Die Politik der Kriminalisierung von Cannabiskonsumenten ist gescheitert. Trotz Strafandrohung konsumieren immer mehr und immer jüngere Menschen Cannabis und Haschisch. Wir Freie Demokraten fordern Cannabiskonsumenten zu entkriminalisieren.

Selbst der Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert inzwischen die Freigabe von Cannabis. Diese würde nicht schaden, sondern im Gegenzug dazu führen, dass durch einen kontrollierten Verkauf von Cannabis in lizenzierten Shops bzw. Apotheken Konsumenten vor giftiger Mischware geschützt werden.

Das Verbot von Cannabis erleichtert durch den illegalen Kontakt zu Dealern erst recht den Einstieg zu härteren Drogen. Wir setzen uns dafür ein, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Denn nur mit einem kontrollierten Verkauf in lizenzierten Geschäften kann die Qualität kontrolliert und so die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert sowie wirklicher Jugendschutz gewährleistet werden. Repression und Kriminalisierung halten wir für eine überholte Säule der Drogenpolitik, da sie nicht den gewünschten Effekt hat und Konsumenten statt Dealer bestraft. Die repressive Drogenpolitik kriminalisiert Menschen statt zu helfen. Durch diese Politik wird der Schwarzmarkt unterstützt und gefördert.

Und nach ein Aspekt: Wenn Cannabis ähnlich wie Zigaretten besteuert würde, könnten jährlich bis zu einer Milliarde Euro zusätzlich eingenommen werden. Dieses zusätzliche Geld soll für Prävention, Suchtbehandlung und Beratung eingesetzt werden.

2. *Menschen, die Cannabis konsumieren, werden immer noch strafrechtlich verfolgt. Wollen Sie diese Strafverfolgung generell mildern, verschärfen oder unverändert lassen?*

Wir Bremer Freie Demokraten sprechen uns für einen aufgeklärten und verantwortungsbewussten Umgang mit Drogen aus. Deshalb möchten wir den Besitz von Drogen wie Cannabinoiden, entkriminalisieren, sodass keine strafrechtliche Verfolgung mehr droht. Apotheken sollen dabei als legale Verkaufsstätten dienen, um Erwachsenen den eigenverantwortlichen Konsum zu ermöglichen.

Wir sprechen uns darüber hinaus für ein Modellprojekt in Bremen aus, das die kontrollierte Abgabe von Cannabis einführen und evaluieren soll. Wir sehen die größte Gefahr für die Gesundheit im Schwarzmarkt. Nur in lizenzierten Geschäften kann die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert werden. Jugendschutz bleibt gewährt. Cannabis hat in den Händen von Jugendlichen genau so wenig zu suchen wie Alkohol. Wir kritisieren vor allem die Diskrepanz, im Umgang der Gesellschaft mit Drogen wie Alkohol und Cannabis. Diese Haltung ist nicht mehr zeitgemäß; es wäre viel angebrachter der Realität ins Auge zu sehen und sich endlich für eine Entkriminalisierung auszusprechen. Vorbilder sind hier beispielsweise Kanada, Spanien und die Niederlande.

3. *Nach dem Urteil des BVerfG von 1994 sollen "Geringe Mengen" für den Eigenbedarf nicht strafrechtlich verfolgt werden. Wie stehen Sie zur aktuellen Verordnung zur Anwendung der "Geringen Menge" nach §31a BtmG in Bremen und planen Sie Änderungen?*

Solange es keine Legalisierung von Cannabis gibt, ist die derzeitige Straffreiheit des Besitzes in geringeren Mengen zum Eigenkonsum richtig. Es muss jedoch rechtssicher feststehen, welche Mengen „als gering und zum Eigenkonsum“ angesehen werden können. Eine

bundeseinheitliche Regelung sowohl im Umfang der Strafverfolgung als auch in der Festlegung der so genannten geringfügigen Menge ist dringend erforderlich, bis eine Entkriminalisierung des Cannabis-Besitzes von Erwachsenen erreicht ist. Die Bundesländer müssen sich endlich gemeinsam darauf verständigen. Seit mehreren Jahren warten wir auf eine einheitliche Einstellungspraxis (Forderung BGH). Nach wie vor streiten die Länder, bis zu welcher sog „geringe Menge“ der Cannabisbesitz straffrei bleiben soll. Die Strafbarkeit muss, bundeseinheitlich fortgesetzt werden. Ein Grenzwert: 10 g, wie vom BGH vorgeschlagen, scheint in meinen Augen eine taugliche Orientierung zu sein.

4. *Wollen Sie die Strafverfolgung des Anbaus weniger Hanfpflanzen zur Deckung des Eigenbedarfs mildern, verschärfen oder unverändert lassen?*

Die FDP hält die kontrollierte Abgabe von Cannabis über Apotheken für eine sinnvolle Möglichkeit, Qualitätsanforderungen zu erfüllen. Primär ist uns dabei wichtig, durch die Legalisierung Transparenz bei Konsumenten über Herkunft, Inhaltsstoffe und Wirkung des erworbenen Cannabis zu schaffen. Es wäre somit auch möglich, Cannabissamen aus kontrollierter Herkunft in einer Apotheke zu erwerben, wenn ein eigener Anbau gegenüber dem Kauf favorisiert wird. Dabei ist zu beachten, dass ein Anbau nur zur Deckung des Eigenbedarfs erfolgen kann. Erfahrungen aus anderen Ländern haben jedoch gezeigt, dass der eigene Anbau von Cannabispflanzen beim Konsumenten eher zurückgeht, wenn es ein legales und kontrolliertes Angebot gibt.

5. *Nach §3 Abs. 2. BtMG kann eine Kommune oder ein Land eine Ausnahmegenehmigung für eine legale Veräußerung von Cannabis beantragen, wenn dies im wissenschaftlichen oder öffentlichen Interesse liegt. Wie stehen Sie zu einem Modellversuch für eine kontrollierte Veräußerung von Cannabis an Erwachsene?*

Wir Bremer Freie Demokraten stehen Modellversuchen für eine kontrollierte Veräußerung von Cannabis an Erwachsene aufgeschlossen gegenüber. Die FDP-Bundestagsfraktion hat bereits einen Antrag mit der Forderung eingebracht, solche Projekte auch in der Praxis zu ermöglichen. Dieses Ansinnen unterstützen wir. Wir müssen die Ressourcen für Prävention bündeln und die Forschung um Cannabis vorantreiben.

6. *Ein regulierter legaler Markt bietet die Möglichkeit von Qualitätskontrollen bei Cannabisprodukten. Auf dem heutigen Schwarzmarkt sind der Wirkstoffgehalt sowie mögliche Verunreinigungen und Beimengungen des Cannabis für den Konsumenten nicht ersichtlich. Unter dem Aspekt der Schadensminimierung wäre die Möglichkeit für anonyme Substanzenanalysen ein drogenpolitisches Instrument, das auch jetzt genutzt werden könnte. Wie stehen Sie zur Qualitätskontrolle (Drug-Checking) von Substanzen wie Cannabis?*

Unser primäres Ziel als Freie Demokraten ist, dem Problem durch Entkriminalisierung zu begegnen. Wir möchten durch die kontrollierte Freigabe das Problem von Verunreinigungen beseitigen und fordern eine bürokratiearme Gewährleistung von Qualitätsstandards. Der

Konsument bzw. die Konsumentin soll von der Sicherheit und Qualität an sich überzeugt sein können.

7. *Cannabiskonsumenten werden bei der Überprüfung der Fahreignung gegenüber Alkoholkonsumenten benachteiligt. Selbst ohne eine berauschte Teilnahme am Straßenverkehr kann Menschen, die Cannabis konsumieren, der Führerschein über das Verwaltungsrecht entzogen werden. Setzen Sie sich für eine Gleichbehandlung mit Alkoholkonsum bei der Auslegung der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) ein?*

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Konsumenten von Alkohol und Cannabis bei der Auslegung der Fahrerlaubnisverordnung gleichgestellt werden; entsprechend fordern wir auch hier eine Anpassung der rechtlichen Konsequenzen bei Missbrauch am Steuer.

8. *Der reine Besitz von Cannabis – ohne einen Bezug zum Straßenverkehr – wird nahezu regelmäßig von der Polizei an die Führerscheinstellen gemeldet Dies widerspricht u.E. der Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 20.06.2002, in dem u.a. festgestellt wird, dass der Besitz, der einmalige oder gelegentliche Konsum von Cannabis ohne Einfluss auf das Führen von Kraftfahrzeugen im Straßenverkehr keine fahrerlaubnisrechtlichen Maßnahmen nach sich führen sollte. Wollen Sie in Bremen an dieser Praxis festhalten oder diese ändern?*

Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass die bisherige Praxis geändert werden muss. Wir sehen keinen inneren Zusammenhang zwischen dem Konsum von Cannabis und der Meldung an die Führerscheinstelle aufgrund einer generellen Unzuverlässigkeit. Wir befürworten daher die Abkehr von der bisherigen Praxis.

9. *Viele drogenpolitische Maßnahmen betreffen eher Bundesrecht. Haben Sie vor, Ihre drogenpolitischen Positionen, beispielsweise über Bundesratsinitiativen, auch bundesweit zu vertreten?*

Ja, wir werden die Fraktion der Freien Demokraten im Bundestag gemeinsam mit den anderen FDP-Landtagsfraktionen über entsprechende Initiativen im Bundesrat in ihrem Bestreben unterstützen, die Entkriminalisierung von Cannabis zu erreichen.

10. *Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Landespartei und Landtagsfraktion in der aktuellen Legislaturperiode?*

Kleine Anfrage zur Entwicklung und Umgang mit Versorgung und Verbrauch von medizinischem Cannabis im Land Bremen <https://paris.bremische-buergerschaft.de/starweb/paris/servlet.starweb?path=paris/LISSHFL.web&id=PARISFASTLINK&search=DID%3DK-22938&format=LISSE MoreDokument Report>

Antrag: Gestaltungsräume zur Entkriminalisierung von Cannabiskonsum endlich nutzen und die Prävention stärken. <https://paris.bremische-buergerschaft.de/starweb/paris/servlet.starweb?path=paris/LISSHFL.web&id=PARISFASTLINK&search=DID%3DK-22450&format=LISSE MoreDokument Report>

Große Anfrage: Zugang zu medizinischem Cannabis erleichtern! <https://paris.bremische-buergerschaft.de/starweb/paris/servlet.starweb?path=paris/LISSHFL.web&id=PARISFASTLINK&search=DID%3DK-19827&format=LISSE MoreDokument Report>

Antrag: Zugang zu medizinischem Cannabis erleichtern! <https://paris.bremische-buergerschaft.de/starweb/paris/servlet.starweb?path=paris/LISSHFL.web&id=PARISFASTLINK&search=DID%3DK-20235&format=LISSE MoreDokument Report>

Darüber hinaus haben wir Initiativen anderer Fraktionen zu dem Themenkomplex unterstützt.

11. Welche drogenpolitischen Initiativen plant Ihre Partei und Fraktion für die kommende Legislaturperiode?

Wir Freie Demokraten werden uns für die Legalisierung/Entkriminalisierung von Cannabis, sowie für die Ermöglichung von Modellregionen/-projekten einsetzen. Darüber hinaus sind wir der Ansicht, dass der Schwerpunkt der künftigen Drogenpolitik bei Aufklärung, Prävention und Therapie liegen soll und muss. Auch der Zugang zu Cannabis zu wissenschaftlichen und medizinischen Zwecken muss gewährleistet und gefördert werden. Zudem ist die Forschung über medizinische Wirkung von Cannabis zu fördern.

Ferner setzen wir uns für die kontrollierte Abgabe von Drogen wie Heroin an Schwerstabhängige ein. Für uns steht dabei die Gesundheit und Wiedererlangung der Selbstbestimmung im Vordergrund.

12. Es werden derzeit unterschiedliche Modelle für die Legalisierung weltweit diskutiert und teilweise erprobt. Die öffentliche Zustimmung für eine Legalisierung steigt derzeit rasant. Die Frage ist nicht mehr so sehr, ob wir legalisieren, sondern wie wir regulieren. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein regulierter Markt für Cannabisprodukte aussehen?

Wir setzen uns für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften/an genehmigten Verkaufsstellen an Erwachsene über 18 Jahre ein, die den Jugend- und Verbraucherschutz gewährleisten.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Magnus Buhlert, MdBB